Pressemitteilung HateAid gGmbH

BKA: 15,7% Anstieg bei digitaler Gewalt gegen Frauen – und das ist nur, was die Polizei sieht

Über 30.000 Frauen und Mädchen wurden 2025 Opfer digitaler Gewalt. Ein Anstieg um 15,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr – so zeigen es Zahlen des Bundeskriminalamts in der jährlichen Statistik. Doch die meisten Fälle werden weder angezeigt noch kommen Verfahren zustande. Das könnte sich durch die Infragestellung von Meldestellen jetzt noch verschärfen. Und auch das Gesetz gegen digitale Gewalt wird daran nicht unbedingt etwas ändern, denn Recht haben bedeutet nicht gleich Recht bekommen. Bei unbefugten sexualisierten Deepfakes etwa soll der Verweis auf den Privatklageweg möglich werden. Das bedeutet: Betroffene müssten – wenn darauf verwiesen wird – die Verfahren selbst durchführen. Dafür fehlen ihnen oft die Kraft und Zeit. Die Menschenrechtsorganisation HateAid findet: Hier muss nachgebessert werden.

Berlin, 24. November 2026

Was die Polizei in ihrer Statistik zählt, ist das eine. Was Frauen im Internet erleben, kann sich davon in Qualität und Quantität erheblich unterscheiden, das zeigt sich bei HateAid in der Betroffenenberatung, genauso wie in Dunkelfeldstudien. Das Bundeskriminalamt (BKA) hat heute sein Lagebild zu geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichteten Straftaten vorgestellt: Die Zahl der weiblichen Opfer digitaler Gewalt stieg 2025 um knapp 16 Prozent auf 31.221. Die meisten wurden Opfer von Nötigung, Bedrohung und Stalking. Auch frauenfeindliche, politisch motivierte Straftaten nahmen um 46,8 Prozent auf 819 Delikte zu, über die Hälfte davon sind Beleidigungen. Seit 2022 haben sie sich vervierfacht. Es zeigt, wie groß der Handlungsbedarf ist. Gleichzeitig bilden die Zahlen doch nur das ab, was überhaupt bei der Polizei ankommt.

Wie weit die Lücke reicht, zeigt die Dunkelfeldstudie „Lebenssituation, Sicherheit und Belastung im Alltag“, die im Februar 2026 vorgestellt wurde und die analoge und digitale Gewalt einbezieht. Jede fünfte Frau hat in den vergangenen fünf Jahren digitale Gewalt erlebt, bei den 16- bis 17-Jährigen waren es mehr als 60 Prozent. Angezeigt wird digitale Gewalt selten. Die Anzeigequote liegt unter Frauen für digitale Gewalt im engeren Sinn, also rein digitale Formen wie Doxxing oder Identitätsdiebstahl, bei 2,4 % und unter Männern bei 0,9 %.

Dazu Anna-Lena von Hodenberg, HateAid-Geschäftsführerin:
„Die Statistik des BKA zeigt nur die Spitze des Eisbergs. Genau das erleben wir in unserer Beratung: Was sie nicht zeigt, ist das, was Frauen jeden Tag erleben und nie anzeigen, weil der Weg zum Recht zu steinig ist. Wenn jetzt Meldestellen infrage gestellt werden, obwohl Anzeigen einfacher werden müssten, wird das Dunkelfeld nur größer. Dabei geht es nicht darum, eine Struktur gegen die andere auszuspielen. Es braucht Polizei und Justiz, bei denen sich Betroffene ernst genommen fühlen und bei denen eine Meldung auch zu einem Verfahren führt.”

Das Schweigen Betroffener ist die Folge von Hürden. Wer eine Straftat melden will, braucht viele Ressourcen und ein Gegenüber, das zuhört. Viele Betroffene digitaler Gewalt erleben das Gegenteil: Sie werden nicht gut aufgefangen und Taten schaffen es nie bis in die Statistik. Gerade deshalb bewertet HateAid es als ein

absolut falsches Signal, dass niedrigschwellige Anlaufstellen jetzt infrage gestellt werden. So hat Hessen seine Meldestelle „Hessen gegen Hetze“ Ende 2025 zu einer reinen Beratungsstelle umgebaut, und die Meldestelle „REspect!“ angekündigt, ihr bundesweites Meldeangebot zum Jahresende 2026 einzustellen.

Das Gesetz gegen digitale Gewalt, welches das Bundeskabinett am 7. Oktober beschlossen hat und das jetzt im parlamentarischen Verfahren liegt, könnte zentrale Strafbarkeitslücken schließen. HateAid begrüßt, dass unbefugte sexualisierte Deepfakes erstmals ausdrücklich strafbar werden sollen und dass Betroffene Tatpersonen leichter identifizieren können sollen.

Zugleich bleibt der Entwurf an entscheidenden Stellen hinter dem Notwendigen zurück. Die Herstellung gefälschter Bikini-Bilder soll legal bleiben, obwohl solche Bilder, wie sie zu Jahresbeginn massenhaft mit dem KI-Tool Grok erzeugt wurden, eine Sexualisierung und Herabwürdigung darstellen. Auch der neue Straftatbestand zur bildbasierten sexualisierten Gewalt soll ein Privatklagedelikt bleiben. Nach Erfahrung von HateAid heißt das: Staatsanwaltschaften verweisen reflexhaft auf den Privatklageweg, stellen das Verfahren ein, und Betroffene können diesen Beschluss nicht anfechten und müssen dann auf eigene Faust ein Verfahren führen.

Dazu Josephine Ballon, HateAid-Geschäftsführerin:
„Es sind strukturelle Hürden, die Frauen davon abhalten ihre Rechte durchzusetzen. Oftmals erhoffen sie sich von einer Anzeige ohnehin nichts, weil sie die Erfahrung gelehrt hat, dass ihre Fälle nicht ernst genommen werden. Vor allem sexualisierte digitale Gewalt, etwa in Form von Deepfakes, ist für die meisten Frauen zu einer allgegenwärtigen Bedrohung geworden – und somit zur größten Gefahr für ihre Meinungsfreiheit und Teilhabe. Das Gesetz gegen digitale Gewalt soll hier Abhilfe schaffen, indem es die Erstellung von sexualisierten Deepfakes unter Strafe stellt. Ob das Gesetz Frauen wirksam schützen kann, wird davon abhängen, ob es von den Strafverfolgungsbehörden mit der notwendigen Ernsthaftigkeit verfolgt wird.“

Über HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. Sie setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein und engagiert sich auf gesellschaftlicher wie politischer Ebene gegen digitale Gewalt und ihre Folgen. HateAid unterstützt Betroffene von digitaler Gewalt konkret durch Beratung und Prozesskostenfinanzierung. Geschäftsführerinnen sind Anna-Lena von Hodenberg und Josephine Ballon.

HateAid ist Trägerin der Theodor-Heuss-Medaille 2023, des Rothenburger Preises für Erinnerung und Zukunft, des Wertepreises für Demokratie der Werte-Stiftung, des For..Net Awards der Technischen Universität München und des Günter-Wallraff-Preises für Pressefreiheit und Menschenrechte 2026. 2025 nahm Anna-Lena von Hodenberg stellvertretend für die NGO das Bundesverdienstkreuz entgegen.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: https://hateaid.org/

Pressekontakt: presse@hateaid.org